

Überreic Volksbote.

Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 884

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Überreic Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierfachjährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergeschalteten Zeitungen oder deren Ausgaben 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Anzeigte für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39

Freitag, den 16 Februar 1906

13. Jahrg.

Hierzu siehe Weltzettel.

Die Herrschaft der Notleidenden.

Am Montag hat in Berlin die Parade der Giulus-Büch-Helden, der Fleischwucherer der Rauten-Dertel-Garde, ihren „glanzvollen“ Verlauf genommen. Auch die Weblein durften sich des weitholzen Augenblicks erfreuen, in dem der Nebelstrom der Derteljünger brausend die Dämme durchbrach. Nur wurden die Weblein von den Helden getrennt und durften weder Burne noch Befall laut werden lassen. Das wird ihnen bei den Aufführungen der Hauptkampfhähne sicher geworden sein.

Held Möslie sprach vom „Fleischnotrummel“, der „selbstverständlich“ nur eine „Erfüllung der verlogenen Presse“ sei. Er stiechelt das Bülowische „Rhinozerosfell“ gar sanft und zärtlich, bedachte aber die „überlose und heimliche Weltpolitik“ mit Füchtlitten seiner Bauernstiefel und fühlt sich trotzdem eins mit dem schönen Wort: Das Schwert geschlossen usw.

Reicher v. Wangenheim sang der „sozialen Fürsorge“ ein agrarisches Loblied, gab seinem agrarischen Widerwillen gegen Straßendemokratien Ausdruck, und schloß mit folgenden erbaulichen Sätzen:

„Ich muss hier eine Vergleichlichkeit des Direktors Roestie nachholen. Er hat ein Hoch ausgebracht auf die deutschen Fürsten und den Kaiser. Vergessen hat er die freien Städte. Es erscheint wie ein Treppenwitz der Geschichte, daß die wenigen republikanischen Gebilde, die wir in Deutschland haben, die ersten sind, die sich gezwungen sehen, gegenüber dem revolutionären Ansturm der revolutionären Partei ein Wahlrecht in ihren Staaten zu schaffen, das sie vor der Sozialdemokratie schützt. Wir können den alten hanseatischen Mut nur bewahren, der nicht gewillt ist, seine erkundene Position aufzugeben. (Lebhafte Befall.) Wir wollen wünschen, daß auch in anderen Staaten, die der Sozialdemokratie entgegenkommen wollen, rechtzeitig die Erkenntnis von dem verkehrten Wege sich Bahn brechen wird. Der Reichskanzler hat zur Einigung der bürgerlichen Parteien geprägt der Sozialdemokratie aufgefordert. Da tun wir mit. Hoffentlich sehen aber auch die Arbeiter ein, daß ihr Stil nicht von denen kommt, die willkürlich die Unzufriedenheit aufrecht erhalten, sondern von denen, die ihnen dauernde, lohnende Arbeit im deutschen Vaterlande geben können. (Stürmische Befall.) Ich bitte es nicht, in Nationalismus zu machen. (Heiterkeit.) Aber wer sind denn die Führer des Unstücks? (Stürmische Befall: Die Juden!) Gewiß. Das internationale Judentum. (Großer Befall.) Ich glaube, daß die deutsche Landwirtschaft ihren Stolz darin sieht, daß sie als erste das Beispiel des Zusammenschlusses eines großen Berufsstandes gegeben hat. Hoffnig ist ja der Bund der Landwirte noch nicht geworden. Unsere Stiefel haben zu diese Schuh (Heiterkeit), ja es gibt böswillige Menschen, die behaupten, daß unser Parfüm nicht für Schöpfer geeignet sei. (Große Heiterkeit.)“

Die Überreic und Hamburger Wahlrechtsräuber können froh sein auf das Lob, das ihnen von der Garde der Dresdner und Rauten zum Haar vorgeworfen wurde. Sie können froh sein, Überreic und Hamburgs „Republikaner“.

Herr Dr. Dietrich Hahn wortete im Tone Dertelscher Dilettanten gegen die Reichsverkehrssteuer. Herr v. Oldenburg wünschte seine Brüder mit Janusgäuerlichkeit in Befallskämpfe. Dertel stellte seine Maße in das Stengelsteuerkut und sang dann folgende Lieder:

„Steuern suchen ist nicht schwer,
Steuern fordern aber sehr,
Steuern zahlen noch viel mehr!
Wer über panisiert und Wein tauft,
Ist wert, daß er's selber sauft —“

Die Zigarettensteuer ist ihm sympathisch, weil — „die Zigarette einen Stich ins Orientalische“ habe; ebenso geht die „Stahlhäusersteuer“, die Automobilsteuer, sein Wohlgefallen. Nur von der Erbschaftsteuer will er durchaus nichts wissen.

Und noch einige Proben von dem „Humor“, der schier überreiche überzeugt wurde:

Rittergutsbesitzer v. Boden schwang vorbereitet zum Kampf gegen die Sozialdemokratie auf. Es müsse der Tag kommen, wo an Kaisers Geburtstag jeder Arbeiter aus seiner Wohnung die schwarz-weiß rote Fahne wehen lasse. Die Beziehungen zum Judentum müßten einer gründlichen Revision unterworfen werden. (Großer Befall.) Die rote und die goldene Internationale wobei mit Fleisch und Fett ihre Schlingen durcheinander, und wenn der gordische Knoten fertig ist, schlägt Gott einen Alexander. (Befall)

Reichstags-Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg erklärte, er mache nicht gern in Antisemitismus. (Sturm. Heiterkeit.) Er habe das nicht nötig, denn das deutsche Volk wisse wohl, wo der Feind stehe.

Iem: die Parade der Notleidenden verlor „stimmgabig“. Die Weblein waren in so gehobener Begeisterung, daß sie sicher jeden „vaterlandlosen Gesellen“, der ihnen unabschlagbarweise zu nahe gekommen wäre, mit Drechselseln und anderen geistigen Waffen schlagen und jeden Jaden in der Giuliaarena verbrannt hätten.

Die Herrscharen der Broterwerber und Fleischwucherer überbielen sich in Herausforderungen und „Kampfsleidenschaft“. Denn: es ist gut wohnen unter den Schatten eines Mannes mit dem Rhinocerosfell und jacs Manns, den man den Dicken nennt.

Wahlrechtliche Streitfragen.

Deutschland.

Um das freie Wahlrecht. Im Reichstage stand die Fortsetzung der ersten Beratung unseres Wahlrechtsantrags auf der Tagesordnung. Erster Redner war Genosse Bebel. Ja einer schwung- und temperamentvollen Rede, in der neben dem freien Ernst auch der Humor nicht zu kurz kam, hieß er den bürgerlichen Parteien das Spiegelbild ihrer Angstmaterie vor, erinnerte die Bourgeoisie an ihre revolutionäre Vergangenheit und verspottete die schlitternden Bassemannschen Geschichten, wie sie sich in Duzendprägung auf den Bänken der Nationalliberalen und Freisinnigen finden. Stürmische Heiterkeit eregte, als Genosse Bebel dem Berliner Polizeipräsidenten seine Anerkennung aussprach und dabei in glücklicher Wendung auf ein Handschreiben Bezug nahm. Unser Fraktionsredner versetzte dem Großen Posadowsky durchaus nicht ein Lob, die dieser ernste Staatsmann, den ein ungerechtes Geschick zum Stellvertreter eines Spatzvogels gemacht hat, verdient. Um so schlimmer ist es für Deutschland, daß selbst sein aufgestelltes Regierungsmittel, eben Graf Posadowsky, die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts bekämpft und das in demselben Augenblick, wo in Ungarn ein in der Wölfe gefährter Junker und Offizier, der General Fejervary, zur Ausdehnung des Wahlrechts schreitet. Die folgende Debatte sank schnell von der Höhe herab. Der samsone hanseatische „Republikaner“ Klügmann stammelte lästige Verlegenheitsphrasen; der alte mindenburger Nationalliberalen Büssing wurde gar polisch und gab Affigärscherphantasien zum besten, statt sich mit der aktuellen Wosa der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen; sein Fraktionsgenosse aus Hamburg, Dr. Gemmell, feierte das Geldsackwahlrecht als historische Ehrenzunft der Elbstadt, wie der obotritische Junker v. Malzahn für die historischen Eigenzüglichkeiten des Landes mit dem Ochsenwappen eintrat. Prügelheld Brühnsiegelte in gewohnter Weise und Liebermann v. Sonnenberg weinte blutige Tränen über die armen Baltenjünger. Der Ritterjünger Müller-Sagan rieb sich an einer ganz bestürzten Bemerkung Bebels. Einigermaßen lästig sprachen Dr. Bachmann von der Freifranzischen Vereinigung, der darauf hinwies, daß Mecklenburg hinter Montenegro und Persien marschiert, und der elästische Demokrat Dr. Blumenthal, der die schwarzen Ulfen der reichsländischen Höhden erwähnte. Diese schwarzen Ulfen erklärte alsdiana der Geheimrat Halle für eine notwendige reichsländische Institution. Die zweite Sitzung unseres Antrags findet am nächsten Mittwoch im Plenum statt; am heutigen Donnerstag dagegen steht die Fortsetzung der Beratung des Guts des Reichsamt des Innern auf der Tagesordnung.

O weh! Als Vater der preußischen Schulverfassungsvorlage gilt beläufig der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Bedlik. Nun muß dieser Streiter für die weitere Vermauerung der Schule erleben, daß selbst Geistungsgenossen von ihm sich gegen sein elendes Nachwerk aussprechen. So hat über freikonservative Verein in Elberfeld eine Resolution angenommen, in welcher zwar die durch den Entwurf brabstlichte einheitliche Regelung der Schulunterhaltung und die Sicherung der konfessionellen Schule als Regel begrüßt, aber verlangt wird, daß wenigstens den Gemeinden, welche bis jetzt das Recht der Verwaltung innerer Schulangelegenheiten (Vehrer-Wahlen) haben, auch in der Folge dieses Rechts belassen bleibt und nur da die notwendigsten Einschränkungen erfolgen dürfen, wo solche gebieterisch durch das Interesse des Staates und der Schule gefordert werden, das insbesondere ein Maß vom Selbstverwaltung, wie es bisher die Stadt Elberfeld zum Gegen ihrer Schule und im ungeteilten Einvernehmen mit der Staatsregierung besessen hat, den Städten nicht genommen werde. Ferner heißt es in der Resolution: Die Kirche erhält Sitz und Stimme in den Schulverwaltungsräten, auch führt sie die Aufsicht über den Religionsunterricht. Die geistliche Lokalschulinspektion ist indes zu bestreiten, hingegen ist es erwünscht, daß das Schulamt, besonders auch in den Schulvorständen, stark vertreten ist. Jede Schule erhält

einen besonderen Schulvorstand. Der Schulvorstand erhält das Vorrecht bei den Lehrerwahlen. — Armer Bedlik, was mußt Du erleben!

Die Centrumsgärtner haben in ihrer Partei den Sieg davongetragen als es sich um die Frage des Fleischwuchers handelt. Diese interessante Tatsache verrät der Abg. Dr. Matzour (Koblenz) in einer Wöhlerversammlung mit folgenden Worten:

„Es war ein harter Kampf, und selbst innerhalb unserer Fraktion war es nicht leicht, alle unter einen Hut zu bringen. Den Fraktionsmitgliedern, die z. B. die Städte Düsseldorf, Köln, Aachen vertreten, fiel es schwer, sich unseren Ansichten anzuschließen, und wir standen uns oft scharrt gegeneinander. Aber sie haben es schließlich getan im allgemeinen Interesse und haben um dessentwillen die schwersten Vorwürfe von Seiten der Arbeiterschaft und ihrer Wähler auf sich genommen. Sie haben anerkannt, daß die Landwirtschaft auch schon oft zu ihrem Nachteil hat nachgeben müssen, und aus dieser Erwägung sind ihre Wünsche hier zu gunsten der Landwirtschaft und der allgemeinen Interessen zurückgetreten, und die Grenze blieb geschlossen.“

Agrarisch ist also auch in der Zentrumsfaktion triumph geblieben. Was scheren sich diese Demagogen darum, daß das arbeitende Volk, als dessen Vertreter sie sich noch immer ausspielen, schwer unter dem Fleischwucher leidet! Die Hauptache ist und bleibt ihnen, daß auch die Centrumsgärtner einen fetten Happen erhalten von dem Produkt der Ausweitung des arbeitenden Volkes. Katholische Arbeiter, merkt Euch dieses Verhalten!

Dasselbe in grün. Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag der Stot der Berg-, Hüttens- und Salzverwaltung beraten. Der neue Minister, Herr Delbrück, der zum erstenmal diesen Stot vortrat, ließ in seinen verschiedenen Reden keinen Zweifel darüber auftauchen, daß er in fast allen wichtigen Fragen genau die gleiche Stellung einkann wie sein Vorgänger Möller. Auch er ist ein Freund von Verstaatlichungen, er ist gern bereit, weitere Kohlengruben für den Staat anzulaufen, ja er ist sogar bereit, die übrigen Aktien der „Hibernia“ für den Staat zu erwerben, falls er sie zu annehmbaren Bedingungen erlangen kann. Wie Möller, so bringt auch Delbrück den Schadkosten, vor allem dem Kohlenstaat, große Sympathien entgegen. Dem von konservativer Seite ausgesprochenen Verlangen nach einem Ausfuhrzoll für Kali widersetzte er sich einmal unter dem Hinweis auf die dadurch bewirkte Schädigung der Kalib Industrie und zweitens, weil ein solcher Zoll finanziell ertraglos wäre. Auch in der Behandlung der Bergarbeiterfrage steht der neue Minister auf dem gleichen Standpunkt wie sein Vorgänger; beide fühlen sich eins mit den Unternehmern. Auf eine Ausweitung des nationalen Grubenbarons Hilbert erklärte er, daß die Untersuchungen über die Ursachen des letzten großen Bergarbeiterstreiks deshalb nicht bis zum Schlusse fortgeführt werden könnten, weil die beteiligten Arbeiter ihre Mitwirkung versagt hätten und die als Zeugen geladenen einfach nicht erschienen seien. Das die Furcht vor Maßregelungen die Arbeiter veranlaßt hat, ihr Brugis zu verweigern, daß sie — wie der Abg. Goldschmidt (Bp) später mit Recht hervor hob — ihre Existenz nicht auf Spiel setzen wollten, verschwiegen der Minister. Wenn er, trotzdem die Untersuchungen nicht beendet sind, dennoch zu dem Beschlüsse kam, daß von Mühlen in dem behaupteten Umfang auch nicht anändernd die Rede sein kann, daß irgendwelche allgemeine Misstände in den 35 untersuchten Gruben nicht aufgedeckt seien, sondern daß nur in einzelnen Gruben gewisse vorübergehende Misstände vorliegen, die den Arbeitern zu berechtigten Klagen Anlaß geben könnten, so beweist er damit, daß er sich lediglich auf die Angabe der Unternehmer stützt. Vielleicht kommt Herr Delbrück im Laufe seiner Amtsführung dazu, sich einmal persönlich von den Zuständen auf den Gruben zu überzeugen; er wird dann bei objektiver Untersuchung sein Urteil wohl von Grund aus ändern.

Eine deutsche Patrouille umzingelt. In Deutschland Südwestfrisia wurde eine deutsche Patrouille südwärtig von Worms umzingelt, wobei Leutnant Bender und 6 Männer fielen.

Das Reich und die Einzelstaaten. In der bayrischen Abgeordnetenkammer begann am Dienstag die Beratung des Stots des Ministeriums des Kultus. Die Generaldiskussion ist jedoch nach dem bläherigen Verlauf nichts weiteres, als die Fortsetzung der allgemeinen Budgets debattie, die bei Beginn der Session stattfand. Damals hatte der Ministerpräsident v. Bodewitz das Recht des Landtages bestimmt, über die auswärtige Politik des Deutschen Reiches zu verhandeln, weil nach Artikel 11 der Reichsverfassung dem Kaiser die Leitung der auswärtigen Politik als persönliches Recht zusteht. Vom Zentrum wurde aber sofort angekündigt, daß man bei dem Stot des Kultus auf diese Sache zurückkommen wolle. Das geschah jetzt durch den

Oberlandesgerichtsrat Geiger, der auf Artikel 7 der Reichsverfassung Bezug nahm, wonach der Bundesrat über alle Vorlagen, die dem Reichstage vorliegen, zu beschließen habe. Hier trat die Verantwortlichkeit des Staatsregierungs in voller Aktion. Es sei das zweitlose Recht des Bundesrats, Vorlagen, die dem Reichstage unterbreitet werden, abzulehnen. Unter diesen Umständen sei es nicht zu verfechten, wie der Ministerpräsident habe das Recht des Landtages bestreiten können, über derartige Angelegenheiten zu verhandeln. Man werde auch für die Zukunft an dem Rechte festhalten, dem verantwortlichen bayerischen Minister gegenüber über die auswärtige Politik zu sprechen, zumal es das Volk sei, das die Kosten für diese Politik zahlen müsse. Der liberale Abg. Dr. Kesselmann begann seine Ausführungen mit einem erneuten Vorstoß gegen den Ministerpräsidenten v. Podevils, dem die liberale Fraktion noch ebenso misstrauisch gegenüberstehe, wie bei den Budgetdebatte. Er richtete weiter an den Ministerpräsidenten die Frage, ob nicht der Ministerpräsident sich bereits über die Aufführung des Landtages schlüssig gemacht habe und ersuchte ihn, wenn dieses jetzt noch nicht geschehen sei, diese Angelegenheit in die Wege zu leiten, da das Volk ein großes Interesse daran habe. Der gegenwärtige Landtag müsse einen neuen Platz machen, der auf Grund des in beiden Kammern verabschiedeten neuen Wahlgesetzes gewählt sei. In bezug auf die Zuständigkeit des Landtages in Fragen der auswärtigen Politik des Reiches pflichtete der Rebaer dem Abgeordneten Geiger bei, jedoch müsse er betonen, daß der Landtag nicht bei allen Gelegenheiten von diesem Recht Gebrauch machen soll und sich vielleicht als kleiner Reichstag ausspielen.

Rußland.

Gefangene werden nicht gemacht! Vom Central-Komitee des "Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland" geht dem "Borw." folgendes höchst interessante Dokument zu:

P o p i e.

Offizielles Telegramm des Ministers des Innern P. Durnow aus Petersburg an den Generalgouverneur in Kiew vom 5. Januar 1906, sub. Nr. 929.

"Im Gedenken Nagarski, Gouvernement Kiew, wurde heute ein Agitator verhaftet. Eine Volksmenge verlangt drohend seine Freisetzung. Die Wache sei zu schwach. Schließen Sie dringend, in diesem und in allen ähnlichen Fällen sofort zu befehlen, mit Waffengewalt einschließlich streng die Aufständischen auszurotten und ihre Häuser zu verbrennen. Wir müssen mit den schärfsten Mitteln der ungeheuren Eigenmächtigkeit der Revolutionäre entgegentreten, sonst kann unser ganzes Reich zu Grunde gehen. Die Autorität der Staatsgewalt kann nur auf diese Weise hergestellt werden."

Verhaftungen sind zwecklos; hunderte Menschen vor ein Gericht zu stellen, ist nicht möglich. Erteilt sofort demgemäße Instruktionen an das Militär.

(gez.) Der Minister des Innern

P. Durnow.

(gez.) Stabschef des Kiewer Militärbezirks, Generalleutnant Mawrin.

An

den Bataillonskommandeur zur Kenntnisnahme.

Höchst dringend.

Es soll also künftig von den Bureaschergen ohne jede Form Rechtsens darauf los gemordet werden!

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des Südbader Volksbote

Berlin, den 14. Februar 1906.

43. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatsrecht: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Albrecht (SD) und Gen. betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten.

Bebel (SD): Unser Antrag ist zwar in erster Reihe dazu bestimmt, agitatorisch zu wirken, aber auch sachlich ist er durchaus einwandfrei. Die Kompetenzbedenken sind umso törichter, als sie von Männern ausgehen, die im preußischen Landtag beständig Eingriffe in die Kompetenz des Reichstags versuchen. (Abg. v. Kardorff: Unser gutes Recht!) Die platonische Liebeserklärung des Zentrums für das allgemeine Wahlrecht hat schon wegen ihrer Zweideutigkeit gar keinen Wert. Seit Windhorst hat das Zentrum nichts für das preußische Wahlrecht getan; ebenso wenig die Regierung und die andern bürgerlichen Parteien. Das ist die Frage endlich in Kluss gekommen, ist das Verdient unserer Partei und ihrer Demonstration am 21. Januar. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit den Ausschreitungen in Hamburg hat die Sozialdemokratie gar nichts zu tun. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Polizei hat eine an sich unsichere Gegend gerade an diesem Tage von allen Schutzleuten entblößt und hat damit den radikalisten Elementen Unrat zu Tunulten gegeben, die niemand mehr bedauert als wir. Die Hamburger und Südbader Pefferläufe haben den Wahlrechtsbrauch perfekt gemacht, den schon die Scham hätte verhindern müssen. Hatten doch die Hamburger Arbeiter im Jahre 1892 die Cholera tapfer bekämpft, während die Bourgeoisie feige geflohen war, und hatten sie doch deshalb eine Erweiterung des Wahlrechts ausgestanden bekommen. Aber wer erwartet dann von der Hamburger Bourgeoisie? (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr Dr. Klugmann, ein gebildeter Mann, hat eine erstaunliche Unwissenheit über die sozialdemokratischen Ziele an den Tag gelegt. Glaubt er wirklich, wir wollen im Zukunftsstaat nur von spartanischer schwarzer Suppe leben und aus angeblicher Feindschaft gegen den Handel nichts importieren. Wenn eine Partei für die Freiheit des Handels eingetreten ist, so war es gerade die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gleich unvorsichtig zeigte sich Herr Bassermann, der fürchtete, wir würden in einem kleinen Staat wie Hamburg oder Südbad eine Art Generalkprobe auf den Zukunftsstaat machen. Da würden die Preußen wohl reich einrücken. (Herr Bassermann behauptete, die Nationalliberalen seien seit fast zeitgemäße Wahlrechtsreformen eingetreten. (Sehr wahr! b. d. Nat-Lib.) Das werde ich Ihnen beweisen. Sie waren es, die 1895 im Bunde mit den Konservativen den sächsischen Arbeitern ihr Wahlrecht geschenkt haben. (Sehr Zustimmung b. d. Soziald.) National und Freiheitig verträgt sich eben wie Feuer und Wasser. (Sehr

gut! b. b. Soziald.) Schreien Sie unsere Alleinherrschaft, so führen Sie doch das Proportionalwahlrecht ein! Ich gestehe ohne weiteres zu, daß es ungerecht ist, wenn etwa die großen Hamburger Handelsherren hier gar nicht vertreten sind. Über das einzige Mittel dagegen, die Erweiterung des allgemeinen Wahlrechts durch das Proportionalwahlrecht wollen Sie nicht anwenden. Und doch — manchmal hören wir auch von Ihnen einen gesunden Gedanken (Gr. Heiterkeit) und auch Sie können doch nicht leugnen, daß wir auch auf Sie belehrend und erzieherisch eingewirkt haben. (Gr. Heiterkeit und Widerspruch rechts.) Werden Sie also doch nicht gleich nervös über jeden Sozialdemokraten im Parlament mehr. Aber freilich, Ihnen ist der Gedanke schrecklich, es könnten einmal 60 Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus sitzen. (Lachen u. Widerspruch rechts.) Nein! Nun dann lassen Sie uns doch hinein! (Gr. Heiterkeit u. Sehr gut! links.) Man sagt, wie seien die schlimmsten Feinde der Sozialpolitik. Aber wer glaubt, daß Bürgertum liebe die fortschreitende Sozialreform, kennt es nicht oder belügt sich. (Sehr gut! links.) Früher, namentlich wenn sie sich um uns unsere Stimmen bewarben, haben die Nationalliberalen sich ganz anders über uns ausgelassen. (Heiterkeit.) In Baden z. B. waren wir die lieben Freunde und Freunde. (Erneute Heiterkeit.) Und die vielgerühmte "milde" Konzert der süddeutschen Sozialdemokratie ist doch nur eine Folge ihrer besseren Behandlung durch den Staat. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Herr Bassermann warnte so sehr vor der Revolution. Diese Angst vor der Revolution hat er erbracht. Schon seine Vorfahren fürchteten die Revolution — daher die Bassermannschen Gestalten (Gr. Heiterkeit). Um das Ziel der russischen Kämpfe in die eigenen Wünsche aufzunehmen, braucht man kein Sozialdemokrat, kein Liberaler, nur ein Menschenfreund zu sein. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Wenn Sie daran denken, wosfür Ihre Väter 1848 kämpften, müssen Sie mit uns das flüchtige Regiment bes. Jaren aufs tiefe hassen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Denken Sie doch an alle die anderen bürgerlichen Revolutionen. Beginnt nicht mit dem Tage von Palmy ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte? Eritt nicht mit dem 18. März, dessen Jahrestag wir demnächst feiern werden, Preußen in die Reihe der modernen Staaten ein? Aber freilich, wenn man die Nachkommen der Revolutionäre, die Mugdan und Bassermann jetzt ansieht, so fällt einem das Herz in die Hosen. (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Herr Bassermann zitierte viel aus der sozialdemokratischen Presse. Ich kann ihn zunächst beruhigen, der "Tiger als Affe" ist nicht von Meisterschaft. Aber alle Leistungen unserer Presse und Redner sind nur ein Säuseln gegenüber dem Sturmwind der jungen bürgerlichen Demokratie. Löse ich Ihnen Proben aus der Jugendzeit der Jordan, Rudolf v. Gottschall, Dingledieck usw. vor, Ihre Haare würden sich sträuben, so weit Sie noch haben. (Heiterkeit.) Soll ich Sie an alle die Märtyrer und Kämpfer Ihrer Revolution erinnern? Wahrlieb, hätten Sie noch eine Spur freiheitlichen Empfindens in sich, Sie müßten Ihre Geschichte lobpreisen! Hat nicht der Berliner Magistrat "ewigen Ruhm den Kämpfern der politischen und sozialen Freiheit" versprochen, die katholische Kirche zu Ehren Albert Blums ein feierliches Requiem in Köln angeordnet? Und Herr v. Miquel! Einst bot er sich März zur Organisierung von Bauernaufständen an, aber noch 10 Jahre später als gefestigter Mann drohte er den Hohenjollern, das Schicksal der Bourbonen an. Da sollten Sie sich doch hüten, mit solchen Waffen gegen eine Partei zu kämpfen, die zunächst nur eine große Zahl von Forderungen des Bürgertums durchsetzen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber das heutige Bürgertum geht immer mehr zurück in den Sumpf — und darum glaubt es, wir würden immer revolutionärer. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Freiheitin erläutert das allgemeine und direkte Wahlrecht für eine Notwendigkeit; aber seit Nickersts Ende hat es nichts dafür getan. Schon 1872 hat Biegler, als der Freiheitin uns wieder einmal im Bunde mit der Reaktion vereint, empört zu mir gesagt: "Wenn Ihr einmal die Macht habt, hängt Ihr uns ja alle an die Laternen!" Na, das habe ich ihm denn auch versprochen. (Stürmische Heiterkeit.) Der Abg. Träger hat gegen die Herauslösung des Wahlalters und das Frauenwahlrecht polemisiert. Aber vorher bedeutete in Deutschland Wehrfähigkeit politische Rechtsfähigkeit. Und die Frau steht so im Erwerbsleben wie der Mann. Wir wollen keinerlei Vorrecht, auch keines des Geschlechts. Aber der Freiheitin leistet der Reaktion lieber Vorpanne. Wir wissen ja, daß wir bei den nächsten Wahlen mit einer geschlossenen Gegnerschaft aller bürgerlichen Parteien zu rechnen haben werden. Aber je klarer die Situation, desto besser für uns, und je mehr Sie sich mit der Reaktion kompromittieren, desto mehr freuen wir uns. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Graf Posadowsky suchte nach den Gründen, aus denen Bismarck 1867 das allgemeine Wahlrecht einführte. Er mußte es, weil der Norddeutsche Bund nur so lebensfähig war, sonst an seiner Unpopulärität zu Grunde gegangen wäre. Aber es war mir charakteristisch, daß Graf Posadowsky Rede eine klare Absehung an das allgemeine Wahlrecht in Preußen enthielt. Nur dann soll die Arbeiterklasse ihr Recht erhalten, wenn sie ihr ganzes politisches Glaubensbekenntnis verleugnet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Niemals aber darf die Gesinnung, das Bekenntnis zur Voraussetzung politischer Rechte, gemacht werden. Graf Posadowsky wählt selbst in der 3. Wählerklasse. Aber die Hunderttausende deutscher Arbeiter empfinden das Entwidrigende einer solchen politischen Entrichtung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit den Republikanern hat Graf Posadowsky bisher ja ganz gut zusammengetarbeitet. Fürst Bismarck selbst hat sich für einen "Republikaner vom reinsten Wasser" erklärt. Fürst Bismarck! Und die gesamten Nationalliberalen einst ja auch! Glaubt Graf Posadowsky, daß wir am Ende der politischen Entwicklung sind? So wenig das Bürgertum sich im Kampf gegen Adel und Geistlichkeit aufzuhalten ließ, so wenig wird sich die Arbeiterschaft von ihrem Vorwärtsstreben aufzuhalten lassen. Nur durch Reformen können Sie sie zeitweilig befriedigen, sonst treiben Sie die wahren Revolutionäre auf den Weg der Revolution. (Sehr gut! b. d. Soz.) Und da ist neben Mecklenburg Preußen der reaktionärste Staat in Deutschland. (Sehr wahr! links.) Preußen hat jedes Unrecht auf die Führung in Deutschland verloren. Preußen in Deutschland hintennach. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Am 11. Januar zitterte der starke preußische Staat wie Eichenlaub vor ein paar waffenlosen Sozialdemokraten (Widerspruch und Lachen rechts). Sehr wahr! b. d. Soz., zittert noch jetzt vor dem sozialdemokratischen Stimmzettel. Am 11. Januar hat sich der ganze preußische Staat bis auf die Knochen blamiert. (Gr. Unruhe rechts. Sehr. Zustimmung links.)

Vizepräsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.

Bebel (fortfahren): Am 21. Januar haben die herrschenden Klassen und ihre Männer ihre ganze Gewalttätigkeit geraten, haben sich dem Hohngelächter der ganzen Welt preisgegeben. (Anhalt. Unruhe rechts. Lauter Beifall b. d. Soz.) Mein Gerechtigkeitsgefühl aber zwinge mich, von dieser Stelle aus dem Berliner Polizeipräsidienten meine allerhöchste Anerkennung auszusprechen.

(Sturm. Heiterkeit im ganzen Hause, die lange Zeit sich immer wieder erneuert.) Mit seiner Besonnenheit verbünden wir es der freiwilligen Disziplin des Proletariats, das der 21. Januar so ganz ruhig verlief. Das Proletariat läßt sich nicht in die Bajonetten treiben, denn es weiß die Gefährtlichkeit idet Sie. (Sehr. Zust. b. d. Soz.) Herr Stöcker (Burk des Abg. Singer): Der agent provocateur! — Sehr gut! b. d. Soz.) — ach nein, dazu ist er zu unbedeutend! (Heiterkeit. b. d. Soz.) — sollte uns wirklich nicht für Kreuzhagelbumm halten, mit Revolvern gegen die Kleinfabrikanten vorzugehen. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Den Kindern ist nicht von ihren sozialdemokratischen Eltern, sondern von ihren Lehrern — die Angst vor dem 21. Januar eingesetzt worden. Ich war immer ein großer Lehrerfreund, aber am 21. Januar haben sie ein ungeheures Maß von Vorurtheil gezeigt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Abg. Stöcker hat wirklich hier nicht als Christ gesprochen. In ihm schlägt der Christ den Banater tot. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man braucht sich ja nur Ihr verzerrtes Gesicht anzusehen. (Große Heiterkeit rechts.) Graf Posadowsky, der modifizierte Staatsmann Deutschlands, fröhlich hielt wir den Fürsten Bismarck dafür, aber dann antworten wir ihn noch nicht (Gr. Heiterkeit. links.), lehnt das allgemeine Wahlrecht ab; aber der ungarische General an der Spitze der ungarischen Regierung fordert es. Auch Prinz Ludwig von Bayern hat dem preußischen Wahlrecht eine wichtige moralische Ohrfeige gegeben. Ich wiederhole: wenn das deutsche Volk aus den regierenden Klassen sich einen Kaiser wählen müßte, Prinz Ludwig hätte die beste Aussicht. (Sehr wahr! b. d. Soz., große Heiterkeit. rechts.) Fürst Bismarck merkt die agrarische Krise hinter seinem Rücken, aber wenn die Arbeiter Befreiung aus ihrem Selbstentum fordern, hat er eine Rhinoceroshaut (Heiterkeit. b. d. Soz., Abg. v. Seyl.: Sehr gut!) und der Frhr. v. Seyl findet, daß ihm die Rhinoceroshaut ausgezeichnet steht. (Große Heiterkeit.) Aber die Bewegung ist im Fluß, und wenn nicht anders, wird sie in einer neuen 4. August-Nacht endigen. Der Arbeiter fühlt sich als Staatsbürger, er verlangt seine Menschenrechte und wird sie sich nehmen, wenn man sie ihm nicht gibt. Wir erobern uns die Zukunft, wir erobern uns unser Recht. Unser die Welt trog alledem. (Stürmischer, andauernder Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bundesbevollmächtigter der freien Hansestädte Senator Dr. Klugmann: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Herr Bebel die Neuherung getan hat, in der Cholerazeit sei die Hamburger Bürgerschaft aus ihrer Vaterstadt geflüchtet und habe die Sorge für die Cholerakranken den sozialdemokratischen Arbeitern überlassen. Als Beweis dafür ist lediglich angeführt werden, daß zur Verbreitung eines Flugblattes sozialdemokratische Arbeiter benutzt wurden seien. Der Herr Abgeordnete von Hamburg hat hiermit eine Neuherung getan, die er nicht verantworten kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Nein. Ich muß die Hauptaufgabe auf das Einschneiden als gänzlich unbegründet aufstellen. Die Leistungen der Hamburger Bürgerschaft und aller mit bürgerlichen Mitgliedern besetzten Behörden während der furchtbaren Epidemien sind als ausgeszeichnet in jeder Hinsicht anerkannt worden, nicht nur in Deutschland, sondern weit über Deutschland hinaus. Auf die gegen mich persönlich gerichteten Neuherungen des Abgeordneten Bebel gehe ich selbstverständlich nicht ein. (Lachen b. d. Soz.) Meine prinzipielle Neuherung über die Einwirkung einer Durchführung der sozialdemokratischen Organisation auf den Handelsbetrieb halte ich für in feiner Weise widerlegt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Büsing (NL): Wir halten das Reich nicht für kompetent, den Einzelstaaten die Form ihres Wahlrechts vorzuschreiben, aber wir missbilligen entschieden das Verhalten der Mehrheit der Nationalliberalen der sächsischen Landtagsfraktion im Jahre 1895 genau so entschieden wie das Sozialdemokratie. (Zustimmung b. d. Nat-Lib. Hört, hört! links und rechts.) Der Abg. Bebel warf uns den Mangel an Idealismus vor. Was ist denn das Ideal der Sozialdemokratie? Nur aufzuhören und unzufrieden machen? Oder die russische Revolution und die Pariser Kommune, die einst der Abg. Bebel unter dem Motto: "Krieg den Palästen! Friede den Hütten!" hier verherrlicht hat? Ihr Ideal ist der nebelhafte Zukunftsstaat. Wir aber haben ein anderes Ideal: Das geeinte deutsche Reich und den Kaiser an der Spitze. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte.) — Lachen und Burufe bei den Soz.: Dieses Preußen ist Ihr Ideal? Noch ist nicht alles gut und herrlich, aber die Grundlage ist geschaffen. Liest ins Herz geschrieben steht uns unter herrlichem Deutsches Reich und sein Kaiser. (Lachen b. d. Soz.) Ihr Lachen berührt mich nicht. Ich bin ein alter Mann; aber nie vergesse ich den Tag, da wie himmlischer Glockenton die Kunde vom neuerrichteten Reich und Kaiser alle deutschen Lände durchslog. (Jubelnder Beifall bei allen Parteien des Hauses außer der Sozialdemokratie.) Und immer wieder und wieder wird der Glockenton von Kaiser und Reich einen freudigen Wiederhall in unseren Herzen wecken. Ich gebe Ihnen die Versicherung, Ihre Revolutionssüchte werden scheitern und zerstören an dem granitenen Fels der politischen Ideale des deutschen Bürgertums. (Stürmischer minutenlang andauernder Beifall.) — Unruhe bei den Sozialdemokraten.

Bachnike (FBg.): Wir halten das Reich nicht für kompetent, den Einzelstaaten die Form ihres Wahlrechts vorzuschreiben, aber wir missbilligen entschieden das Verhalten der Mehrheit der Nationalliberalen der sächsischen Landtagsfraktion im Jahre 1895 genau so entschieden wie das Sozialdemokratie. (Zustimmung b. d. Nat-Lib. Hört, hört! links und rechts.) Der Abg. Bebel warf uns den Mangel an Idealismus vor. Was ist denn das Ideal der Sozialdemokratie? Nur aufzuhören und unzufrieden machen? Oder die russische Revolution und die Pariser Kommune, die einst der Abg. Bebel unter dem Motto: "Krieg den Palästen! Friede den Hütten!" hier verherrlicht hat? Ihr Ideal ist der nebelhafte Zukunftsstaat. Wir aber haben ein anderes Ideal: Das geeinte deutsche Reich und den Kaiser an der Spitze. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte.) — Lachen und Burufe bei den Soz.: Dieses Preußen ist Ihr Ideal? Noch ist nicht alles gut und herrlich, aber die Grundlage ist geschaffen. Liest ins Herz geschrieben steht uns unter herrlichem Deutsches Reich und sein Kaiser. (Lachen b. d. Soz.) Ihr Lachen berührt mich nicht. Ich bin ein alter Mann; aber nie vergesse ich den Tag, da wie himmlischer Glockenton die Kunde vom neuerrichteten Reich und Kaiser alle deutschen Lände durchslog. (Jubelnder Beifall bei allen Parteien des Hauses außer der Sozialdemokratie.) Und immer wieder und wieder wird der Glockenton von Kaiser und Reich einen freudigen Wiederhall in unseren Herzen wecken. Ich gebe Ihnen die Versicherung, Ihre Revolutionssüchte werden scheitern und zerstören an dem granitenen Fels der politischen Ideale des deutschen Bürgertums. (Stürmischer minutenlang andauernder Beifall.) — Unruhe bei den Sozialdemokraten.

Bachnike (FBg.): Jede Partei urteilt über den Antrag so, wie sie es mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht meint. Den Konservativen ist es ein Dorn im Auge, uns aber ist es ein Aussiß des deutschen Rechtsgefühls, die Wurzel der konstitutionellen Monarchie, die Grundlage der deutschen Macht auf dem Weltmarkt, gleich der allgemeinen Wehr- und Steuerpflicht ein Eckpfeiler des deutschen Staatenbaus. Und diese Verhandlung erscheint uns wie ein Glaubensbekenntnis. (Lebhafte Bravo! links.) Nedner tritt dann für die Einführung einer Verfassung in Mecklenburg ein, das infolge seiner reaktionären Politik bald auf allen Gebieten selbst hinter Russland, Montenegro und Persien zurücksteht. Auch mit Rücksicht auf Mecklenburg stimmt er dem ersten Teil des sozialdemokratischen Antrages zu. Frhr. v. Malzahn (R.): Auch ich wünsche endlich einen Fortschritt in der mecklenburgischen Verfassungsfrage herbei, halte aber eine Einigung des Reiches für unberechtigt. Der Abg. Herafeld bestimmt im Mecklenburgischen Volkskalender gegen das Einzelzahlen auf. Was sagt der glückliche Erbe Bebel, was die reichen Herren Singer und Süderholm dazu? (Präsident Graf Ballestrem bittet, nicht auf die Privatverhältnisse von Abgeordneten einzugehen. Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie mit ihren Streits ist es, die die Entwicklung von Handel und Industrie in Mecklenburg aufhält. (Bravo! rechts; Lachen bei den Soz.) Blumenthal (Süd. Bp.): Alle Redner haben eine Verherrung vor dem allgemeinen Wahlrecht gemacht, auch die Regierungsvertreter. Daraus geht die agitatorische Bedeutung dieses Antrages hervor. Mit der Verneigerung des allgemeinen Wahlrechts kann man wohl die Ausbreitung der sozialdemokratischen Stimmen, aber nicht die sozialdemokratischen Gefüllungen hindern. (Sehr richtig! links.) In unseren Reichslanden erstreben alle Parteien

die Erhebung zum Bundesstaaten und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, nur daß die Klerikalen es nicht ernst damit zu tun haben. Schließlich ist über unsere Zustände eine Schrift erschienen, von einem Herrn Steffan. Es ist verboten, sie zu lesen, aber damit ist noch nicht gelöst, daß sie nicht gelesen wird. (Heiterkeit.) Manches darin ist unwahr, aber interessant ist, daß auch manches darin wahr ist. Diese chronische Scandale hat die uralte Praxis, sogenannte schwarze Listen über die staatsgefährlichen Leute zu führen, aufgedeckt. Die Regierung erklärte, sie könne diese Listen nicht entbehren, weil zu viele Leute noch nach dem Westen blicken. (Heiterkeit.) Ja, was sollen denn die Leute anderes tun? Nach Osten zu schauen ist ja heute noch viel gefährlicher. (Heiterkeit.) Unter solchen Umständen ist eine gedeihliche Entwicklung der Verhältnisse in Elsass-Lothringen nicht zu denken. Herr Delsor sprach gegen das Frauenstimrecht und erklärte, er habe alle Frauen unter seiner Stütze. (Heiterkeit.) Ich bin aber überzeugt, daß wir noch einige für uns kriegen behalten werden. (Heiterkeit.) Herr Delsor ärgerte sich dann über die Blockpolitik, mehrscheinlich, weil wir mit Hilfe des liberalen Blocks die Klerikalen überall geschlagen haben. Ich halte einen solchen Block nach links für eine sehr wertvolle Errungenschaft, die uns aus Frankreich augetragen ist, und bin überzeugt, daß der Block der Linken nie auseinanderbricht. (Bravo! links.)

Geheimrat Wallen: In Elsass-Lothringen gehen alle Selbstverwaltungsbürocras aus dem Reichstagswahlrecht hervor, und aus diesem wiederum der Landesausschuss. Zu der erwähnten Broschüre eines verkommenen früheren Beamten will ich nur bemerken, daß die sogenannten schwarzen Listen von der höchsten Instanz nicht von den Polizeikommissären aufgenommen wurden. Es sind in dieser Liste nur solche Personen aufgenommen worden, bei welchen man vermeide ihrer Gesinnung, ihres Charakters und ihrer bisherigen Haltung glaubte, daß sie im Falle eines Krieges dem Feinde tätige Hilfe leisten würden. Unbequemlichkeiten im Frieden entstehen ihnen daraus nicht. Anders ist es natürlich im Falle eines Krieges. Wir würden den Tag begrüßen, wo niemand mehr auf dieser Liste verzeichnet werden muss, können sie aber jetzt noch nicht entbehren. Von all den in der Broschüre genannten Leuten steht nicht ein einziger auf den Listen.

Bruhn (A.) bezeichnet sich als Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, stimmt aber gegen den sozialdemokratischen Antrag, um der Großmannsjugend und dem Gründenwahn der Sozialdemokratie den verdienten Dämpfer aufzuzeigen. (Bravo! bei den Ant.)

Semmler (M.) spricht dem Reichstage die nötige Sachfunde zum Verständnis des historischen Hamburger Wahlrechts ab. Es sei auch unwahr, daß die Hamburger Bürger vor der Cholera geflohen seien.

Viechermann von Sonnenberg ist enttäuscht über die langweilige Rede des Abg. Bebel (Große Heiterkeit, links) und über seine Angriffe auf den deutschen ADEL in den Ostseeprovinzen. Die wirtschaftliche Vereinigung sei für das allgemeine Wahlrecht aber gegen den vorliegenden Antrag.

Dr. Müller-Sagan (FDP) protestiert gegen die Angriffe des Abg. Bebel auf den Berliner Lehrerstand. (Abg. Bebel ruft: Nur auf einen Teil!)

Es entspint sich noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen den Abg. Dr. Müller-Sagan (FDP) und Hermann (FDP) einerseits und den Abg. Bruhn (A.) andererseits über die Frage der Wahlbeeinflussungen durch Freisinnige in den Großstädten oder Konservative auf dem Lande bei öffentlicher Stimmabgabe.

Damit schließt die erste Sitzung des Wahlrechtsantrages. Die nächste Sitzung findet am nächsten Mittwoch im Plenum statt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Zweite Sitzung des Bautnotengelecks, Fortsetzung der zweiten Etatslösung beim Reichsrat des Innern.

Schluss 6½ Uhr.

Angehörige des lübeckischen Freistaates, welche seit mindestens fünf aufeinander folgenden Jahren keinen Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiet hat und während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt hat, ist, sofern und solange ihm nicht die Fähigkeit zur Beliebung öffentlicher Wemer oder die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind oder er unter Polizeiaufsicht gestellt ist, berechtigt, gegen Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen bis zur Erteilung des lübeckischen Staatsbürgerechts zu begehen. Beamte im Sinne des Gesetzes vom 29. April 1899 die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend, sowie Notare sind verpflichtet, binnen 3 Monaten nach ihrer Erstellung bzw. Ernennung das Staatsbürgerecht zu erwerben. Art. 3. Wer die Erteilung des lübeckischen Staatsbürgerechts begeht, hat bei der Aufnahmehöerde nachzuweisen 1. daß er die lübeckische Staatsangehörigkeit besitzt, 2. daß er volljährig oder für volljährig erklärt ist, 3. daß er seit mindestens fünf aufeinander folgenden Jahren seinen Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiete hat, 4. daß er während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer in Lübeck bezahlt hat. — In der Notariatsordnung soll der § 2 folgende Fassung erhalten: Zum Notar kann nur ernannt werden, wer die Fähigkeit zum Richteramt in einem deutschen Bundesstaate erlangt hat und die lübeckische Staatsangehörigkeit besitzt.

Dieser Gesetzesverschlechterungsvorlage gibt der Senat eine inhaltlose, kurze Begründung bei, die wie eine schneidende Verhöhnung der Arbeiterschaft klingt. Es heißt darin: „Die im Jahre 1902 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen über den Erwerb des lübeckischen Staatsbürgerechts und die Berechtigung zur Ausübung des Wahlrechts zur Bürgerschaft haben zur Folge gehabt, daß Lübeck mit einer großen Anzahl von Bürgern bestellt, denen das Wahlrecht zur Bürgerschaft fehlt. Die Zahl dieser Bürger wird infolge des nach dem Rat- und Bürgerschlusses vom 9. August 1905 eingetretenen Wegfalls des Zusatzes von 1200 M. zwar meistlich abnehmen, aber immer noch erheblich genug bleiben, um dauernd unliebsam empfunden zu werden. Um diesem Zustande zu begegnen, erscheint es als das Gegebene, das Erfordernis eines mehrjährigen Wohnsitzes im lübeckischen Staatsgebiete und die Ableitung von Einkommensteuer während dieser Zeit auf den Erwerb des lübeckischen Staatsbürgerechts auszudehnen und in solchem Sinne das Gesetz vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgerecht betreffend, abzuändern.“

Also unliebsam empfunden wird es, daß eine erhebliche Zahl lübeckischer Staatsbürger das Wahlrecht zur Bürgerschaft nicht besitzt. Diese Behauptung ist zweifelhaft richtig, denn jene Leute, die moralisch mindestens auf derselben Höhe stehen, wie die bestehenden Massenbürger, und deren einziges Vergehen ihre Armut ist, die sie vielleicht gezwungen hat, einmal um Streuerlos nachzuhelfen, halten es mit Recht für eine schreckende Ungerechtigkeit, daß man ihnen deshalb das Wahlrecht entzieht. Mit Rechtgleichkeit könnte man diese Härte beseitigen, wenn man die bei der Bestimmung in Bürgerschaftswahlrecht in dieser Richtung ändern würde. Das ist jedoch nicht beabsichtigt; im Gegenteil, man will sie auch auf den Erwerb des Bürgerrechts übertragen. Vollständig unbegründet ist ebenfalls die hiermit allerdings eng zusammenhängende Vorlesung einer flüssigen Aufenthaltsdauer im lübeckischen Staatsgebiet. Wenn man auch sagen wird, daß hier von alle Leute betroffen werden, die das Bürgerrecht erwerben wollen, so sei das immerhin zugegeben. In Betracht kommt jedoch, daß die Arbeiter viel häufiger gezwungen sind, ihren Wohnort zu wechseln, als Wohlhabende, und es vielen deshalb unmöglich ist, das Bürgerrecht zu erwerben, das allerdings unter gegebenen Umständen auch nur wechselt hat.

Wir wenden uns also entschieden gegen die heabsichtigte Verschlechterung des Bürgerrechtsvertrags, für die von keiner Seite eingetretene Stichhaltiger Grund angegeben worden ist. Will man tatsächlich dem unliebsamen Zustande, daß viele lübeckische Bürger kein Wahlrecht besitzen, ein Ende machen, so könnte man das Bürgerschaftswahlrecht in wirklich liberaler Form annehmen. Über der Verschlechterung des Bürgerschaftswahlrechts eine Verschlechterung des Bürgerrechtsvertrags folgen zu lassen, ist jedes freigesetzten Maures unwürdig.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 15. Februar.

Zugang von Werkstartern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerk aufgesperrt sind!

Über den Bau von H. Kräger, Lindenstraße, ist seitens des Männerverbandes die Sperrung verhängt.

Die Kriegsgerichtsverhandlung gegen Glog, der bekanntlich seinen Leutnant auf dem Kaiserhof niederschlug, dürfte nach dem „G. A.“ überhaupt nicht stattfinden, da Glog Spuren geistiger Bevölkerung zeigen soll. G. befindet sich noch immer im Lazaret, wohin er zwei Tage nach dem Attentat wegen eines Geschwürs unter dem Arm gebracht worden war. Dieses Geschwür brach damals auf; es muß Glog aber schon tagelang vorher furchtbare Schmerzen beim Exercieren und namentlich beim Griffen verursacht haben.

Dem nationalliberalen Jugendverein in Lübeck, dessen wir bereits mehrfach gedacht haben, widmet die „Freie deutsche Presse“ folgende Zeile: „Zum Eintritt in den Verein der nationalliberalen Jugend zu Lübeck fordert ein Aufruf auf, den die „Büb. A.“ veröffentlicht. Darin ist viel die Rede von der „Betätigung liberaler Gesinnung“. Ob aber die Gründer des Lübecker nationalliberalen Jugendvereins gerade die geeigneten Personen sind, um liberale Gesinnung zu verbreiten, ist mehr als fraglich, denn unter den Unterzeichnern des Aufrufs befindet sich ein Herr Dr. Budwig, der, wie uns mitgeteilt wird, sich besonders „Verdienste“ um die Wahlrechtsverschlechterung in Lübeck gemacht hat. Es ist ausgeschlossen, daß mit diesem Erzreaktionär ein Liberaler zusammen kämpfen kann. Die politische Tätigkeit solcher Leute kann nicht dazu dienen, den „Ansturm der Sozialdemokratie“ abzuwehren, sondern ist nur geeignet, weitere Sozialdemokraten zu zaubern.“

Jetzt endlich glaubt man eine dem „Gerechtigkeitsgefühl“ des Geldsacks entsprechende Lösung der Preisfrage gefunden zu haben. Es wird nämlich vom Senat beantragt: Die Artikel 1 und 3 des Gesetzes betr. das lübeckische Staatsbürgerecht sollen aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt werden: Art. 1. Jeder volljährige oder für volljährig erklärt mänliche Angehörige des lübeckischen Freistaates,

verschwendung. Alljährlich werden auf Antrag des Senats mit Zustimmung des Bürgerausschusses nicht unerhebliche Summen für Sportwesen zum Feste hinausgeworfen, gegen den Willen der großen Mehrheit der lübeckischen Steuerzahler, die kein Interesse an den Segelwettfahrten oder den Pferderennen besitzt. Die Veranstalter dieser Feste usw. gehören den wohlhabendsten Kreisen an und können, wenn sie wollen, recht gut ihre Ehrenpreise aus eigener Tasche bezahlen. Leider tun sie es nicht, sondern wandeln sich auch in diesem Jahre wieder an den Senat, der beim Bürgerausschuss um Bewilligung von 1000 Mark für den Lübecker Yachtclub und 2500 Mark für den Tennisclub nachsucht. Natürlich bewilligte der Bürgerausschuss diese Summen. Wir müssen gegen eine derartige Verpulverung von Steuergroschen entschieden Verwahrung einlegen.

Über eine Schlägerei zwischen Schlachtergesellen wurde in vergangener Woche von hierigen Zeitungen berichtet. Zur Darstellung der Sache wird uns aus Schlachterkreisen geschrieben: „In der Wissé waren vier Gesellen beteiligt: drei von diesen arbeiten bei Scheere, während der eine bei Pferdeschlachter Dielroth in Arbeit stand. An dem betreffenden Abend hatte eine Anzahl Gesellen von Scheere eine kleine Feier in der Hammann'schen Wirtschaft, wo ihnen eine Extrastraße zur Verfügung stand. Hier hinein kam der Geselle Steinhardt, welcher ebenfalls bei Scheere arbeitet, aber nicht zur Feier eingeladen war. Als er die anwesenden Kollegen durch schwätziges Benehmen und Stichelein belästigte, wurde er darauf ausmerksam gemacht, daß dort eine geschlossene Gesellschaft sei; auch die Witwe Frau Hammann forderte R. auf, nach der Gaststube zu gehen. Hier setzte er seine Stichelein fort, bis es schließlich zu Tätilkeiten kam. Unverständlich ist es nun, daß die vier Gesellen, welche hier in Lübeck in Arbeit standen und sicher nicht alle an der Schlägerei beteiligt waren, sofort in Haft gerieten. Da Steinhardt seine Arbeit den nächsten Tag fortsetzte, sind seine Verletzungen wohl nicht so schlimm gewesen, wenn er überhaupt Verletzungen davon getragen hat. Nach unserer Ansicht ist er auch der allein Schuldige. Zu bemerken ist noch, daß R. erst ein paar Tage vorher mit einem andern Kollegen in Schlägerei war; auch hierbei war er nach unseren Informationen der Hauptschuldige, während sonderbarweise der andere Kollege von Scheere entlassen wurde.“

Schiffsunfälle an der deutschen Küste. Im Jahre 1901 sind 439 derartige Unfälle gesäßt worden, welche bei 132 Zusammenstoßen zwischen je 2, 11 zwischen je 3, 1 Zusammenstoß zwischen 4 und bei 4 Zusammenstoßen mit einem Kriegsschiff 598 Schiffe betrafen. Die Erhebungen der vier vorhergehenden Jahre hatten ergeben für 1903: 405 Unfälle und 571 betroffene Schiffe; für 1902: 371 Unfälle und 520 betroffene Schiffe; für 1901: 361 Unfälle und 504 betroffene Schiffe und für 1900: 378 Unfälle und 484 betroffene Schiffe. Von den Schiffsunfällen ereigneten sich im Jahre 1901 281 auf Flughäfen, in Föhrden, Hassen usw., 138 an der Festlandküste selbst und bis zu einer Entfernung von 10 Seemeilen von ihr und 20 in einer Entfernung von 10 bis 20 Seemeilen von der Festlandküste. Im Ostseegebiet traten ein 202 Unfälle (253 auf je 10 Seemeilen Küstenstrecke), im Nordseegebiet 237 (803 auf je 10 Seemeilen). Unter den von Unfällen betroffenen Schiffen waren 46 Fischerfahrzeuge und andere zu Fischereizwecken dienende Fahrzeuge, 226 Küstenfahrzeuge, Leichter, Haß-, Fluss- und andere nicht registrierte Fahrzeuge und 324 eigentliche Segelschiffe. Gänzlich verloren gingen 70 Schiffe, 356 wurden teilweise beschädigt, 169 blieben unbeschädigt und bei 1 ist der Ausschlag des Unfalls unbekannt. Gestrandet sind 160, gesunken 11, gesunken 12, zusammengestochen 305, von anderen Unfällen betroffen 118 Schiffe. Der Verlust an Menschenleben betrug 53 Personen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: „Am heutigen Freitag wird zum letzten Male „Fidelio“ wiederholt. — Sonnabend wird, sorgfältig einstudiert, als 11. Schiller-Klassiker-Vorstellung „Die Braut von Messina“ gegeben. — Sonntag wird eine letzte Fremden-Doppelvorstellung in Szene gehen. Die Vorstellung beginnt um 5 Uhr. Zuerst kommt die Oper „Mignon“ zur Aufführung, hieran schließt sich das Schauspiel „Die Waie aus London“ von Charlotte Birch Beissel.“

ph. Schwindler. Gegen einen Nähmaschinen-Steinden, der unter Vorwegnahme unwarhafte Tätsachen Nähmaschinen gegen Teilzahlungen für eine hierige Firma verkauft, wurde Anzeige wegen Betruges eröffnet. Er ließ die Leute in dem Glauben, daß sie von dem Verlage des „Norddeutschen Verlobungsanzeiger“ in Hamburg, der auch ihre Verlobungsanzeige enthielt, eine Prämie von 50 M. 14 Tage nach ihrer Verheiratung bekommen würden, wenn sie von seiner Firma, die auch in dem genannten Blatte inseriert hatte, die Maschinen kaufen. Daß sie erst für 1000 M. Waren kaufen müssten, bevor sie ein Urrecht auf diese Prämie erwarben, verschwieg er ihnen. Außerdem ließ er sich für einen Vertragsstempel, der nur 50 Pf. kostete, 250 M. zahlen.

c. Stockelsdorf. Eines starken Besuches hatte sich am Sonntag der Maskenball des Stadttheatervereins „Plan“ in Baden-Baden zu erfreuen. Es waren etwa 140 Masken, sowie eine große Menge Zuschauer anwesend. Das Paetausche Lokal, welches erst vor 10 Jahren bedeutend vergrößert wurde, erwies sich als zu klein. Wünschenswert ist es, daß auch die öffentlichen Versammlungen einen solchen Besuch aufweisen, wie dieses Fest.

Schönberg. Ein Abgeordneter, der nicht in das Parlament will! Bei der Landtagswahl im Januar wurde bekanntlich der Hauswirt Karsten in Süppendorf für die dortige Bogtei als Abgeordneter wieder gewählt, nachdem er sein Mandat schon 36 Jahre inne hatte. Er war seit dem Jahre 1870 stift dagegen, den Landtag zu besichtigen. Da nun die übrigen 10 bürgerlichen und bürgerlichen Vertreter des Fürstentums erklärt haben, den diebärligen Landtag am 21. d. M. hier zu beladen, so hat Karsten in letzter Stunde sein Mandat niedergelegt. Für ihn ist bereits eine Neuwahl auf Donnerstag, den 15. d. M., angeordnet. Ein Kandidat ist bis jetzt nicht aufgestellt. Bei der letzten Wahl kandidierte für den Bauern- und Bürgerverein der Hauswirt Oldendorf. Der Bezirk umfasst 8 Ortschaften.

Hamburg. Nach längere vom Wahlrechtsraub. Der Hamburger „Bürgerverein von 1871“ forderte den durch ihn gewählten Bürgervertreter Dötschlermeister Denzien zur Ablösung seines Mandats auf, weil er gegen die Abrede für die Wahlrechtsänderung gestimmt hatte. Der gesuchte Vorstand will sein Amt niedergelegen. Im Hamburger „Bürgerverein“ herrscht großer Zwiespalt.

Hamburg. Eine schnell erledigte Bohbewegung. Die Schiffsteller (Ritter) stellten vor einigen Tagen eine Bohforderung, die schnell erledigt wurde. Der Bohr ist von 5,60 M. auf 6 M. erhöht. Die Bohrfunden werden mit 80 Pf. pro Stunde festgesetzt. Sonn- und Festtagsarbeit wird mit 1 M. pro Stunde ver-

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 39

Freitag, den 16 Februar 1906

13. Jahrgang

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Bergarbeiterbewegung im Oberlausitzer Braunkohlenrevier nimmt größere Ausdehnung an. Die Belegschaft weiterer sechs Gruben ist wegen verweigter Lohnaufbesserung in den Ausstand getreten. — Die Tullarbeiter in Lyon beschlossen den Gesamtausstand und verlangen eine Lohnherabsetzung, den Beinhunderttag, sowie Aufhebung der Nachtarbeit.

Streikende von Gendarmen massakriert. In Curon bei Nantes kam es nach einer Versammlung zu einem Zusammenstoß zwischen freudigen Arbeitern und der Gendarmerie. Die Arbeiter beworfen waren vor den Wohnungen der Stellmacher, wobei einige Feuerstelle eingeschlagen wurden. Daraufhin ritten 50 Gendarmen wild in die Menge hinein. Es entstand eine furchtbare Panik, viele Personen wurden niedergeworfen. Nicht genug davon, die Gendarmen zogen auch vom Ufer, ungelöst, weil Stetze geworfen wurden, wogegen die Streikenden behaupten, die Steinwürfe seien erst dem brutalen Angriff gefolgt. Vier Arbeiter wurden schwer verwundet vom Pfeil getroffen, zwei davon mit schweren Säbelhieben, die beiden anderen mit inneren Verletzungen, die von den Gendarmeriesoldaten verursacht worden sind. Das Massaker von Curon gibt einen Vorgeschmack von der neuen berührten Streitpolizei, welche nunmehr das Militär ersuchen soll, da man es der Arbeiterschaft doch nicht allzu offen zeigen will, welchen Hauptheiten die Armee in den kapitalistischen Staaten hat.

Der Engel geht! Der durch den großen Bergarbeiterkreis im Ruhrrevier bekannte Bergmeister Engel, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bergbauvereins, ist auf Mehrheitsbeschluss des Vorstandes vorläufig vom Amt suspendiert worden. Hierzu erschien die „Rhein. Westf. Rtg.“, daß im Vorstand Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden haben, ob der mit der Geschäftsführung betraute Brumme dem Vorstand angehören solle oder nicht. Die Mehrheit des Vorstandes habe nun Engel zum Beispiel auf die Bergbaudemokratischen aufzufordern, ihn im Falle der Ablehnung vom Amt zu suspendieren. Die Forderung sei über abgelehnt worden und die Suspension erfolgt. Mit diesem Vorgehen im Zusammenhang siehe der vorben erfolgte Austritt des Geheimrats Körber aus dem Vorstand und Ausschluß des Bergbauvereins.

Eine hochkomische Demonstration. In der Montags-Stabiverordnung in Halle spielte sich eine erörlieke Szene ab. Der Präfektur beantragte dem „gemeinwirtschaftlichen Berin“ für das Wohl der höheren Klassen“ zwölf Mark, sage und schreibe zwölft Meter zu schenken. Als der Stadtverordnete, Großes Oberburg, diese Art Wohlträgkeit geholt und davon erinnerte, daß der jetzt verstorbenen Ehrenbürger, Großindustrieller Geheimer Rath Dr. Hesse, der Stadt Halle ein Kästnerbeispiel gesetzt und zur selben Zeit seinen Arbeitern zehn Prozent vom Lohn abgezogen habe, erhoben sich etwa dreißig eiflasse Stabivordnete, festlungen in turbulenten Wette mit der Fünfzig auf die Türe. „Kriecht aus!“ „Kriecht aus!“ und die Unseren demonstrierten den Elstausaal. — Die Sache sah so gefährlich aus, daß man annehmen konnte, die Herren wollten die bekannte hallesche Demonstrationsfahne holen; sie schickten sich aber in den Ratssaal, küßten ihren Baron in einem fröhlichen Schoppenkrieger. Und als dann Großes Thiele ankündigte, die Schlussrede sei erzielt, legten die Demonstranten wieder zurück.

Schwarze Listen für „arbeitsfähige“ Lehrlinge. Auch in Königsberg hat sich der Große der Organisation unter den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern Wohl gebrochen. Am Sonntag, den 11. Februar, sollte eine öffentliche Versammlung für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter stattfinden. Es sollte

Schill.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Übersetzt von Natalie Liebnecht.

13. Fortsetzung.

„Hat sie Webstiers verlassen?“

„Nein, aber sie hat uns verlassen. Sie hat lange über ihr hartes Los geklagt, wie eine Sklavin arbeiten zu müssen und nicht für sich selber; und nun ist sie gegangen, wie sie alle gehen, um auf ihre eigene Faust Haus zu halten.“

„Das ist nun allerdings eine recht schlimme Geschichte,“ sagte der Wächter in einem Tone, bei nicht sehr von Misstrauen.

„Das ist keines ebenso schlimm, wie für Eltern, von dem Lohne ihrer Kinder leben zu müssen,“ erwiderte der Mann.

„Und wie geht es Ihrer Frau?“

„So schlecht, wie es unter den Verhältnissen nicht anders sein kann. Harriet war seit Freitagabend nicht zuhause; sie ist Ihnen doch nichts schuldig?“

„Nicht einen halben Penny; sie war so pünktlich, wie nur ganz wenige sind, und bezahlte jeden Montagmorgen. Es tut mir leid, daß sie Euch verlassen hat, Herr Nachbar.“

„Gottes Wille geschehe! Es ist eine schwere Zeit für folge, wie wir sind,“ seufzte der Mann und, das Fenster offen lassend, zog er sich in die Stube zurück. Sie war die ganze Wohnung. In der Mitte befand sich ein Webstuhl, so gestellt, um das beste Licht zu erhalten, das die dunkle Lage bot.

In zwei Ecken der Stube lagen Mätrachen auf dem Boden, ein Vorhang hing auf einer Schur, um, wenn nötig, die Mätrachen zu verborgen. Auf der einen lag die blonde Frau des Webers, auf der anderen seine drei Kinder,

über das Thema: „Was tut den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern not?“ referiert werden. Allein durch die Tatsache, daß eine solche Versammlung stattfinden sollte, sind die Juniors brauer so auf die Waffe gebracht worden, daß sie folgenden Aufruf an die Arbeitgeber der Schlosserbranche versandt haben:

Königsberg, den 7. Februar 1906.

An die

Herren Juniorsmeister und Arbeitgeber des Schlosser- und verw. Gewerbes.

Hierdurch machen wir Sie höflich darauf aufmerksam, daß Sonntag, den 11. d. M., spätestens einer sozialdemokratischen Gruppe alle Lehrlinge an einer Versammlung nach Café Ludwigshof (siehe untenstehend) auf der Rückseite ist nämlich der Tag des Handwerks, den die Lehrlinge zu ihrer Versammlung verbraucht haben, zum Abdruck gebracht) dringend eingeladen werden sind.

Das zu behandelnde Thema soll natürlich die jungen Leute auf den wahrscheinlich stattfindenden Streik (die Schlosser stehen in einer Lohnbewegung) gehörig vorbereiten, bzw. dieselben nach Kräften bearbeiten.

Wir fordern Sie daher dringend und höflich auf, Ihren Lehrlingen und Kaufmännischen bei Androhung sofortiger Entlassung diese Versammlung zu verbieten!)

Die Folgeung dieses Verbotes unter Mitwirkung der Eltern und Kaufmänner auch möglichst zu kontrollieren und etwaige Entlassungen, welche hierdurch haben folgen müssen, dem unterzeichneten Herrn Al. Behr ggf. zur Kenntnis zu bringen.

Will Hochachtung

Der Aufsatz der beruhigten Arbeitgeber der Eisen- und Metallbranche zu Königsberg.

Herr. Al. Behr. G. A. Zeit. Hopp. L. Neumann. Conder. Bonner. Bonneberg.

Das Blatt ist ohne Frage der Versuch der Flötigung und enthält eine Aufforderung zum Kontraktbruch — Handlungen, welche die Unternehmer sonst zu verabschneien vorsehen. Die Lehrlinge, die in die Versammlung gehen, sollen auf schwarzem Blatt geschrieben werden. Dabei ist die Leistung zu schriftlich auch in Öffentlichkeit längst ergriffen und kein blauäugiger Schafsmacher hat sich darunter zu kümmern, wo die Lehrlinge während ihrer freien Zeit kleben.

Kriegsrüstungen gegen — christliche Arbeiter. Man schreibt unserem Karlsruher Parteiblatt aus May:

„Die Woche mitsieht hier in Löhringen den christlichen Bergarbeiterverbund erfahren, daß man, wenn die christlichen Arbeiter es wagen, Lohnforderungen zu stellen, nicht davor zu scheuen, diesen Mittal gegen sie auszuwenden, die man am 21. Februar gegen die Sozialdemokraten in Breitfurt anwende. Vor einiger Zeit stellte jener christliche Verband verschiedene Forderungen auf, welche an die sozialistischen Minenarbeiterverbindungen verankt wurden. Auch die bekannte Firma de Wendel erhält sie zugestellt. Statt darauf zu antworten, was hier de Wendel (ein gut katholischer Christ, der jeden Sonntag in seine Kirche geht!) eine große Zahl Mitglieder des christlichen Bergarbeiterverbands aus der Grube. Bei den Entlassungen befanden sich hauptsächlich die Bergarbeiter des Verbands. Es sollte dieserhalb zum Streik loskommen. Kaum war dieser Beschuß gefasst, da machte sich Herr de Wendel an die Regierung um Gültigkeit, die ihm auch sofort gewährt wurde. Am Dienstag fuhren 120 Männer 13er Husaren in Hohingen an, um „die Arbeitswilliken zu schützen“. Weiter wurden in Niederschlesien zwei Kompanien Infanterie mit schweren Pionieren ausgeschickt und zum Marsch bereit gehalten. Sohn nicht genau damit! Die Firma de Wendel beschäftigt mit Vorstädtische Pioniere. Diesjungen, von welchen bekannt war, daß sie dem christlichen Verband angehören, wurden verhaftet und über die Schwäbische Grenze abgeschoben. Nun haben sich die Herren

Verbandsvertreter an einen gewiß unparteiischen Mann zur Vermittlung gewandt. Die Vermittlung ist gescheitert. Der Vermittler war der Bürgermeister von Hohingen, Geschäftsführer bei der Firma — de Wendel! Die Lohnbewegung ist auf diese Weise und in Folge der Kopflosigkeit im christlichen Verbande niedergeschlagen. Werden aber jetzt die „christlichen“ Arbeiter noch glauben, daß es allemal „Vaterlandslöse“ sind, gegen welche zum Schatzliegen und Einhauen gerüstet wird?

Eine Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen tagte am 11. Februar im Abschluß an den badischen Parteitag in Karlsruhe. Es waren Delegierte aus Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Offenburg, Freiburg, Furtwangen, Mühlheim, Nürnberg und Deggendorf vertreten. Man beschloß die Bildung einer zentralen Jugendorganisation für ganz Deutschland und die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift, welche unter der Redaktion des Grossen Dr. Frank-Mannheim erscheinen und „Die junge Garde“ heißtet.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie wurde am 10. und 11. Februar in Karlsruhe abgehalten. Anwanden waren 120 Delegierte aus allen Teilen des Landes. In der Debatte über den Geschäftsbereich des Landesvorstandes und den Karlsruher „Vollstrecker“ wurde von mehreren Rednern anerkannt, daß der „Vollstreuer“ im Laufe des Jahres seine Haltung mit der Auffassung der Gesamtpartei in Einklang gebracht habe. Der Landesparteitag erklärte sich schließlich mit der Tätigkeit des Landesvorstandes einverstanden und billigte in einer Resolution noch besonders das bei der Landtagswahl abgekämpfte Kompromiß mit dem liberalen Block. Das neue Landesstatut wurde im wesentlichen nach dem Entwurf des Landesvorstandes gestaltet; der moralischen Grundhaltung blieb man dabei auf 25 Pfg. fest. Ein Artikel des Landtagabgeordneten Genossen Süßlin in Mannheim über die Bevölkerung an den Kommunalwahlen wurde ohne Diskussion entgegennommen ebenso ein Referat des Reichs- und Landtagsabgeordneten Genossen Eichhorn. Karlsruhe über die badische Sozialpolitik. Debatteles zu einstimmen Annahme geprägt einer eine Sympathiesolution für die badischen Freiheitshauer und eine Resolution, in welcher zunächst die Sympathie mit der russischen Revolution zum Ausdruck gebracht und des weiteren das Verhalten der badischen Politischörder am zuletzt Sonntag stark kritisirt wird. Zum Vorort für das Jahr 1906 wurde Karlsruhe wieder gewählt; die dortigen Genossen haben die Wahl des fünfjährigen Landesvorstandes vorzunehmen, dem als sechster mit beratender Stimme der Landes-Parteisekretär Genosse Eichhorn. Karlsruhe angehört. Als Tagungsort für den nächsten Parteitag wurde einstimmig das schwarze Freiburg gewählt.

Der Parteikampf gegen die Wahlrechtsbewegung. Aus Jena wird gemeldet: Die Wahlrechtsbewerber am 11. Februar im Neustädter Kreis wurden durch den Belegschrifsteller mit der klassischen Begründung verboten, daß die Referenten Leben und Betrieb eines gewissen „gewissmäßigen Agitator“ seien.

— Die Nationaldeutschen schauten es ab, gemeinsam mit den Freisinnigen, Nationalsozialen, Jungliberalen und Sozialdemokraten eine Versammlung zugunsten der Wahlrechtsreform einzuberufen.

WEG WEG WEG

Liebestragödie. In Langwaltersdorf in Sachsen hat der 26jährige Hofsäger Scheiner die aus Friedland stammende Rosine Weier und dann sich selbst erschossen.

Wer am 21. Januar terrorisierte. In Görlitz blieben nach folgendes interessante Inserat:

„Durch behördliche Verfügung und durch Hütten, die wir liebten, vertrieben, um zuerst in eignen Städten ohne jegliche Möglichkeit zu wohnen und höchstlich in dümpfige Keller zu lebten, oder in schmutzige Löcher, wie diese hier, — ohne das notwendigste für's Leben? Und warum entschwanden uns erst die einfachsten Möglichkeiten des Lebens, und dann die Meldung und zuletzt gar die Nahrung? —

„Warum? Ja, der Kapitalist hat einen Sklaven gefunden, der die Arbeit und die Geschicklichkeit der Menschen verdrängt hat. Früher war der Arbeiter ein Künstler, der seine Kunst erlernt haben mußte; jetzt kann er im besten Fall Maschinen überwachen, und selbst diese Geschäftigkeit schlägt aus seiner Hand in die von Frauen und Kindern. Der Kapitalist gebietet, sammelt ungeheure Reichtümer an, wie staken tiefer und tiefer, — tiefer als die Qualität, denn sie werden besser als wir gerichtet, es wird besser für sie gesorgt. Und ganz von Rechts wegen, denn nach dem herrschenden System sind sie wahr wert. (And it is just, for according to the present system they are more precious) und doch lebt man uns, daß die Interessen des Kapitals und der Arbeit die gleichen seien.“

„Wenn eine Gesellschaft, die durch die Arbeit geschaffen wurde, plötzlich von ihr unabhängig wird, so ist diese Gesellschaft verpflichtet, die Klasse, deren einziges Eigentum die Arbeit ist, von dem Einkommen dessenigen Eigentums, das nicht aufgehört hat, produktiv zu sein, zu unterhalten. Als die Klasse der Edelleute in Frankreich verdrängt wurde, war sie nicht den dritten Welt so zahm, wie wir Handwerker, und doch sagt gar Europa Krieg an, um das von ihnen erlittene Unrecht zu rächen; jeder Staat gab Mittel, um sie in ihrem Not zu unterstützen, und als sie wieder in ihr eigenes Land zurückgeführt wurden, bewilligte ihnen ihr eigenes Land eine ungeheure Entschädigungssumme.“

„Wie lärmert sich um uns?“

„Und doch haben auch wir unser Sipium verloren.“

zwei Mädchen, davon das älteste vielleicht acht Jahre alt, zwischen beiden lag die kleine Tochter. Ein eiserner Koffer stand am Herde und auf dem Kaminsims ein paar Kleider und einige Streichholze, zwei kleine Kanner, eine Tütte Salz und ein eisernes Löffel. Weite hinten, an der Wand, hockte sich ein schwerer Eich; denselbe war in den Mauerwerk eingefügt und gehörte zum Haus, gleich der Bank daneben.

Der Mann setzte sich auf den Webstuhl und begann sein Tagewerk.

„Bis zu Stunden tägliche Arbeit, einen Penny für jede Stunde, und diese Arbeit schon im voraus verpfändet! Wie soll das enden! Ist es nicht schon zu Ende? Und er ließ seine Blick durch das Zimmer schwansen; keine Nahrung, keine Feuerzeug, keine Wäbde und vier menschliche Wesen, die von ihm abhängen und die in ihren elenden Betten lagen, weil sie keine Kleider hatten.“

„Meinen Webstuhl kann ich nicht verkaufen“ fuhr er fort, „er brachte mir den Preis von altem Brennholz und er kostete mich Gold. Nicht durch Lust und Übermüdet bin ich heruntergekommen, auch nicht durch Faulheit oder Dummett; ich war zur Arbeit geboren und war zur Arbeit bereit. Ich liebte meinen Webstuhl und mein Webstuhl liebte mich. Er gab mir eine Hütte in einem Garten, und er war auf die Gartengestaltung nicht eifersüchtig, mit der ich mein Heim pflegte. Ich hatte keine Freude für beide. Er gab mir zur Frau das Mädchen, das ich stets geliebt hatte, und er spendete mir Brod für die Kinder, welche sich um meinen Herd sammelten.“

„Ich war zufrieden und wünschte kein anderes Los. Und warum bin ich hier? Warum bin ich und warum sind Lebewohl und Leidenschaft so heruntergekommen? Warum sind wir, nachdem wir jahrelang manhaft gerungen und dabei jedes Jahr tiefer gefallen, — warum sind wir aus unserem unglücklichen, glücklichen Heim vertreben worden? Aus unsern

